

Die SPD in der Umbruchkrise – Anforderungen an eine moderne sozialdemokratische Politik

von Joachim Schuster¹

Die bundesdeutsche Parteienlandschaft ist in Bewegung geraten. Besonders betroffen: die SPD. Nach dem kontinuierlichen Stimmenverlust in den letzten 15 Jahren und dem historisch schlechten Ergebnis von 20,5 Prozent bei der letzten Bundestagswahl 2017 erzielte die Partei bei den Europawahlen nur 15,8 Prozent. Erneut wird diskutiert, ob die SPD immer noch als Volkspartei bezeichnet werden kann. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass die Schwäche der Sozialdemokratie kein deutsches Phänomen ist. Vielmehr ist in vielen europäischen Ländern ein erheblicher Bedeutungsverlust zu verzeichnen, zum Teil in noch stärkerem Ausmaß als in Deutschland. Ein zweites Phänomen in Deutschland wie auch in vielen europäischen Ländern ist der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien und nationalistischer Kräfte. Das Heil wird von vielen wieder in der Ausgrenzung von Minderheiten, der Ablehnung der europäischen Integration und in nationalistischer Abschottung gesucht.

Vor diesem Hintergrund ist es unwahrscheinlich, dass lediglich Fehler der deutschen SPD und ihrer aktuellen Führungsmann- und frauenschaft ursächlich für den Niedergang in den Umfragen und bei Wahlen sind. Zwar liefern der in Folge von Hartz-IV kontinuierliche Vertrauensverlust, die nur für eine Legislatur unterbrochene Dauer-GroKo seit 2005 oder die gravierenden politischen Fehler im Streit vor allem mit der CSU im vergangenen Jahr viele Hinweise auf Ursachen der Entwicklung. Angesichts des gleichzeitigen Bedeutungsverlustes der Sozialdemokratie in anderen europäischen Ländern bieten sie letztlich aber keine hinreichenden Erklärungen für die Krise. Dementsprechend hilflos muten auch die verschiedenen Rezepte zur Besserung der eigenen Lage an. Während die Parteiführung eine gute Regierungsarbeit präferiert, die das Wahlvolk von der Qualität der SPD überzeugen würde, sehen

andere das Heil in einem möglichst radikalen Bruch mit Hartz IV als dem zentralen Auslöser aller Probleme. Als Gegenrezept wird von vielen empfohlen, sich endlich wieder auf soziale Gerechtigkeit und/oder auf das klassische Kernlied in der Arbeiterschaft zu konzentrieren. Das wird von einigen sogar in einen merkwürdigen Gegensatz zu Themen individueller und kultureller Freiheit oder ökologischen Fragen gesetzt, die angeblich die eigentliche SPD-Wählerschaft nicht interessieren würden.

Der relative Gleichklang der Entwicklung mit vielen anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa lässt vermuten, dass tiefere gesellschaftliche Ursachen ausschlaggebend sind und demzufolge auch die bisher propagierten Gegenstrategien nicht hinreichend sein werden. Im Folgenden will ich unter implizitem Bezug auf die Regulationstheorie kapitalistischer Entwicklung versuchen, davon einige Tendenzen skizzenhaft zu benennen. Eine tiefgehende Analyse ist im Rahmen dieses kurzen Artikels nicht möglich. Mir geht es nur um Denkanstöße für ein anderes Verständnis der aktuellen Neuordnung des politischen Systems. Diese liefern zugleich einen Beitrag für den notwendigen Erneuerungsprozess der SPD, der zwar seit zwei Jahren immer wieder propagiert wird, aber bisher völlig nebulös bleibt.

Kurz gefasst, bilden verschiedene ökonomische und gesellschaftliche Trends und Brüche, die sich in einer Entwicklungskrise der westlichen Gesellschaften zuspitzen, den Hintergrund der politischen Umbrüche. Die in der westlichen Welt vorherrschende finanzmarktgetriebene kapitalistische Produktions- und Konsumweise hat sich erschöpft und wird zunehmend zu einem Krisenfaktor. Hinzu kommen die Auseinandersetzung um die globale Hegemonie zwischen den USA und China, die fehlenden Antworten auf den Klimawandel als globale Bedrohung sowie die Gestaltungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten der

1 Dr. Joachim Schuster ist Mitglied des Europäischen Parlaments.

Digitalisierung. Das politische System der westlichen Gesellschaften inklusive der sozialdemokratischen Parteien erweisen sich aktuell als nicht in der Lage, auf diese Herausforderungen adäquate gesellschaftspolitische Perspektiven zu entwickeln. Insbesondere die Parteien, die mit dem alten Entwicklungsmodell eng verwoben sind, geraten in Bedrängnis. Neue rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien besetzen das entstandene Vakuum. Sie bieten zwar keine realistischen Politikalternativen an. Dafür arbeiten sie aber mit Feindbildern und vereinfachenden Erklärungsmustern, die von manchen Bevölkerungsteilen nur zu gern geglaubt werden.

Umbruchkrise – Hegemoniekrise

Eine wesentliche Ursache der zu beobachtenden politischen Umgruppierungen findet sich in der Erschöpfung und zunehmenden Krisenanfälligkeit des Entwicklungsmodells der finanzmarktgetriebenen kapitalistischen Globalisierung, die in der bisher ökonomisch dominanten „westlichen Welt“ vorherrschend ist. Die Stabilitätsorientierung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die zunehmende Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte wie auch der tiefgreifende Umbau der Sozialstaaten in Europa sind weitere prägende Elemente dieses Entwicklungstyps. Im Kern wurde dabei die Dominanz realwirtschaftlicher Wertschöpfung als prägender Kraft der kapitalistischen Entwicklung zurückgedrängt. Das Finanzkapital hat faktisch die Herrschaft übernommen. Es geht damit vor allem darum, einen möglichst großen Anteil an der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums zu erlangen.

Im Zuge dieser Entwicklung hat sich zugleich die internationale Verflechtung der Volkswirtschaften massiv erhöht. Es haben sich internationale Wertschöpfungsketten herausgebildet, die den internationalen Handel strukturieren und die die internationale Arbeitsteilung sowie gegenseitige Abhängigkeiten zwischen Staaten und Regionen grundlegend verändert haben. Ein wesentlicher Aspekt ist hierbei die Verlagerung einzelner Produktionsstufen in Billiglohnländer. Der Kapitalismus hat eine neue Stufe internationaler Vergesellschaftung erreicht.

Die finanzmarktgetriebene kapitalistische Globalisierung hat zwar eine gewisse, im Vergleich zu früheren Entwicklungsvarianten aber geringere Dynamik gemessen an wirtschaftlichen Wachstumsraten entwickelt. Begleitet wird diese von einer massiven Umverteilung des wirtschaftlichen Wohlstandes, sowohl regional wie personell. Einige Regionen und Sektoren profitieren in hohem Maße, während andere von Strukturwandel und steigender Arbeitslosigkeit geprägt sind. Personell ist eine enorme und zunehmende Vermögenskonzentration bei einer verhältnismäßig kleinen Elite zu verzeichnen, der breite Bevölkerungsgruppen gegenüber stehen, die kein Vermögen besitzen und zu einem nicht unerheblichen Teil in absoluter Armut leben. Diese Variante erzeugt zudem systematisch eine Vernachlässigung der realwirtschaftlichen Grundlagen der Wirtschaft. Der Investitionsstau in Infrastruktur, Bildung und erneuerbare Energien ist eben nicht einfach ein Ergebnis falscher politischer Entscheidungen, sondern wird durch die dominierenden Finanzinteressen begünstigt.

Dieser Kapitalismustyp ist krisenanfälliger als seine Vorgänger, weil aufgrund des Bedeutungsgewinns der Finanzmärkte – auch überbordende – Spekulation ein inhärenter Bestandteil ist. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 hat die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds gebracht und ist in vielen Staaten bis heute nicht vollständig überwunden. Ein weitgehender Zusammenbruch des Systems konnte nur durch umfangreiche staatliche Interventionen einigermaßen eingedämmt werden. Bis heute ist es nicht gelungen, die Interessen des Finanzkapitals politisch wirklich zurückzudrängen und Sicherungen einzubauen, die eine Wiederholung der Finanzkrise 2008/2009 verhindern könnten.

Zeitlich parallel zur zunehmenden Krisenhaftigkeit des finanzmarktgetriebenen Typs kapitalistischer Entwicklung hat sich global insbesondere in China ein alternativer Typ nachholender kapitalistischer Entwicklung herausgebildet. Dieser verbindet eine autoritäre, an mittel- und langfristigen Zielen orientierte politische Steuerung mit einer starken Gewichtung realwirtschaftlicher Investitionen

und der Ausnutzung vergleichsweise niedriger Arbeitskosten. Es deutet sich an, dass der finanzmarktgetriebene Typ kapitalistischer Globalisierung dem autoritär geprägten Modell nach- und überholender Entwicklung unterlegen ist. Dieses Modell ist keineswegs auf China beschränkt, sondern findet sich in vielen Ländern Asiens. Zudem ist es von Beginn an mit der neuen chinesischen Seidenstraßen-Initiative global ausgelegt und tritt in sichtbare und zunehmend erfolgreiche Konkurrenz zum westlichen Entwicklungsweg.

Auf der internationalen politischen Bühne äußert sich diese Konkurrenz in der anhaltenden Unfähigkeit, im Rahmen der etablierten weltwirtschaftlichen Institutionen globale Regelungen für die Weltwirtschaft zu finden, wie dies etwa in der inzwischen zwei Jahrzehnte andauernden Lähmung der Welthandelsorganisation ihren Ausdruck findet. US-Präsident Trump hat nun eine neue Runde der weltweiten Auseinandersetzungen eingeläutet. Unter seiner Präsidentschaft demontieren die USA aktiv die Weltwirtschaftsordnung, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrem eigenen Interesse und zu ihrem eigenen Nutzen aufgebaut haben. Weil die USA angeblich von rücksichtslosen Ländern wie China und Deutschland massiv übervorteilt würden, hat Trump als Antwort die Strategie „America First“ ausgegeben, die keineswegs originell und zukunftsweisend ist. Es ist der schlechte Versuch, die ökonomische und politische Macht der USA auf der internationalen Bühne zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil einzusetzen. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Strategie dauerhaft zum Erfolg führt, ist angesichts der Perspektivlosigkeit des finanzgetriebenen wirtschaftlichen Entwicklungstyps gering, zumal China offensiv den Kampf um die globale wirtschaftliche Vorherrschaft aufgenommen hat.

Der globale Hegemonialkonflikt weist längst über ökonomische Fragen hinaus. „America First“ verändert auch die politische und militärische Strategie der USA, wobei dem asiatischen Raum seitens der USA inzwischen eine deutlich höhere Bedeutung zugemessen wird. Aber auch die kommunistische Partei Chinas hat mittlerweile das Ziel ausgegeben, bis zum

Jahr 2049 nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch und militärisch die dominante Macht auf der Erde sein zu wollen. Dass es sich dabei keineswegs nur um ein politisches Wunschdenken Chinas handelt, zeigen die Seidenstraßeninitiative ebenso wie die massive militärische Aufrüstung oder die großen Ambitionen in der Raumfahrt.

Klimawandel und Digitalisierung als globale Herausforderungen

Die steigende ökonomische Krisenhaftigkeit des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und die globalen Hegemonialauseinandersetzungen fallen zusammen mit einer bedrohlichen ökologischen Krise des Kapitalismus. Der sich beschleunigende Klimawandel verweist auf den enormen Druck zur Umstellung der gesamten Produktions- und Lebensweise in den westlichen Gesellschaften wie auch in den Staaten mit nachholender Entwicklung. Dies wird nicht ohne einen erheblichen regionalen und sektoralen Strukturwandel zu bewerkstelligen sein, der mit einer massiven sozialen Verunsicherung einhergehen wird. Auf der einen Seite die Angst vor Arbeitslosigkeit, Strukturkrisen und sozialem Abstieg, auf der anderen Seite der kaum zu leugnende Zwang, energisch zu handeln, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Schließlich ist die Umwälzung des Systems der Produktivkräfte durch die Digitalisierung zu benennen, die ohne Zweifel in einem rasanten Tempo die bisherige Produktions-, Arbeits-, Konsum- und Lebensweise unserer Gesellschaften weiter revolutionieren wird. Dies bietet einerseits neue Chancen, erzeugt andererseits aber auch erhebliche gesellschaftliche Unsicherheiten und wird auch von ökonomischen Strukturbrüchen begleitet sein. Momentan vollzieht sich die Digitalisierung weitgehend politisch ungesteuert und folgt den Strategien globaler Konzerne. Die oben angesprochene internationale Vergesellschaftung geht in diesem Sektor mit einer globalen Monopolbildung durch die führenden Internetkonzerne einher.

Sowohl die Ökologisierung als auch die Digitalisierung der Produktions-, Arbeits- und Lebensweise werden nur dann sozial gerecht

gestaltbar sein, wenn die in der finanzmarktgetriebenen Entwicklungsvariante verfestigten Verteilungs- und Herrschaftsverhältnisse grundlegend verändert werden. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass der unvermeidliche Strukturwandel durch eine entsprechende Struktur- und Sozialpolitik offensiv gestaltet und sozial gerecht finanziert wird. Und bei der Digitalisierung stellt sich die Frage, ob vorrangig Interessen der großen globalen Digitalkonzerne im Mittelpunkt stehen oder die Interessen der Menschen als Konsumenten und Produzenten. Dabei wird es von zentraler Bedeutung sein, die globalen Monopole in diesem Sektor zu brechen.

Das politische System im Umbruch

Derartige Umbrüche und Krisen schlagen sich natürlich auch im globalen politischen System bzw. den unterschiedlichen nationalen politischen Systemen nieder. Und da es sich um globale Entwicklungen handelt, die wenn auch in unterschiedlicher Weise auf alle westlichen Länder einwirken, verwundert es nicht, dass ähnliche politische Entwicklungen in den ver-

schiedenen Staaten vorzufinden sind, auch wenn es jeweils wichtige nationale Unterschiede gibt.

Der erstarkende Rechtspopulismus und Nationalismus ist in dieser Lesart eben auch eine Reaktion auf die Perspektivlosigkeit der alten Politik. Fake-News sind dabei eine Begleiterscheinung zur Ausblendung schwieriger Realitäten. Ethnische und rassistische Ausgrenzung verbunden mit dem Rückzug ins Nationale bieten zwar keinerlei Lösung der skizzierten Probleme. Sie haben aber eine gewisse Perspektive für die Rechte, wenn man es schafft, auf die Gewinnerseite der globalen sozialen Auseinandersetzung zu kommen. Trumps nach wie vor vorhandene Popularität dürfte sich darauf, bzw. auf die Hoffnung darauf stützen.

Aber auch der Niedergang der Sozialdemokratie in Europa hängt mit dieser Entwicklung zusammen. Die Erfolge der Sozialdemokratie nach dem zweiten Weltkrieg basierten eben nicht nur darauf, dass Klientelinteressen der Facharbeiterschaft vertreten wurden. Vielmehr wurden in verschiedenen Feldern politische Konzepte vertreten, die die fordistische Ent-

VSA: Vernetzung & Transformation



Dagmar Paternoga/Werner Rätz/Dominik Piétron
Eine andere Digitalisierung ist möglich
Chancen und Risiken einer vernetzten Gesellschaft
AttacBasisTexte 56
96 Seiten | € 7,00
ISBN 978-3-96488-008-6



Dieter Segert
Transformation und politische Linke
Eine ostdeutsche Perspektive
168 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-96488-009-3
Was wären Triebkräfte einer anderen, solidarischen Transformation?



Felix Bluhm
Kollektives Handeln in der Krise
Betriebliche Alltagskonflikte nach dem Boom
288 Seiten | € 24,80
ISBN 978-3-96488-014-7
Eine Suche nach Keimzellen für neue Organisationsprozesse im betrieblichen Alltag.

Der Sozialismus kommt



kritisch links

Analysen
Positionen
Berichte

monatlich gedruckt
Jahresabo € 70,-
(€ 50,- ermäßigt)

täglich im Netz
www.sozialismus.de

Erhältlich im Buchhandel oder unter: www.vsa-verlag.de

wicklungsvariante des Kapitalismus insgesamt für die Mehrheit der Bevölkerung fortschrittlich prägte und einseitige Kapitalinteressen beschränkte. Im Mittelpunkt stand dabei eine dem Fordismus angemessene Sozialstaatskonzeption, die eben nicht nur als Netz zur sozialen Sicherung Bedürftiger, sondern als wesentliches Mittel zur Emanzipation der breiten Mehrheit der Bevölkerung konzipiert war.

Die Sozialdemokratie hat es nicht vermocht, eine adäquate Antwort auf den Wechsel der kapitalistischen Entwicklungsvariante zu formulieren und sich weiter als Fortschrittspartei für die breite Mehrheit der Menschen zu festigen. Beispielhaft kann dies an der Politik der SPD der letzten 20 Jahre aufgezeigt werden. Die SPD hat in der rot-grünen Regierung Anfang der 2000er mit ihrer Agenda-Politik maßgeblich dazu beigetragen, den Weg für den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zu ebnen. In Deutschland haben die Reformen der sozialen Sicherung (nicht nur Hartz-IV, sondern auch die Teilprivatisierung und Absenkung des öffentlichen Teils der Renten und Eingriffe in die Krankenversicherung) die sozialpolitischen Voraussetzungen für diesen Typ kapitalistischer Entwicklung geschaffen. Unter dem Motto „Fördern und Fordern“ wurde eine Abkehr von einer an die Lebensleistung der Menschen gekoppelten sozialen Sicherung zugunsten einer Grundsicherung vollzogen. Zugleich wurde das Sicherungsniveau deutlich abgesenkt. Im Ergebnis verlor der Sozialstaat damit zu einem guten Teil seinen emanzipativen Charakter und degenerierte in relevanten Teilen zu einem mit Repressionen versehenen Mindestsicherungssystem. Diese Reformen zeitigten erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, weil erst dadurch die Etablierung eines umfassenden prekären Beschäftigungssektors möglich wurde. Verbunden mit Steuersenkungen für Unternehmen und hohe Einkommensbezieher sowie weiteren Liberalisierungen der Kapitalmärkte wurde damit die massive Umverteilung von unten nach oben ermöglicht und staatlich flankiert.

Wie in anderen europäischen Ländern auch hat die SPD mit dieser Politik in ihren bisherigen Wählergruppen erheblich an Rückhalt und Vertrauen verloren. Stetige Wahlverluste

waren die Folge. Bei nüchterner Betrachtung kann dies auch nicht verwundern, weil die SPD mit ihrer Agenda-Politik letztlich die Interessen vieler Menschen der Entwicklungslogik eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus unterordnet anstatt auch „systemüberwindende“ Reformen zu propagieren und Teilschritte in deren Richtung durchzusetzen. Auch in anderen Politikfeldern hat die SPD ihren früheren Gestaltungsanspruch aufgegeben. Eine umfassende Konzeption für eine sozial gerecht gestaltete Klimapolitik ist nicht erkennbar. Stattdessen zeugt der Umgang mit dem Dieselskandal oder dem notwendigen Konzept zur Reduzierung CO₂-Emissionen von einem fehlenden Willen, notwendige radikalere Antworten auf den Klimawandel, die natürlich einer effektiven sozialen Flankierung und Abfederung bedürfen, zu entwickeln. Deutliche Defizite sind auch in der Europapolitik als dem wichtigsten Gestaltungsfeld für die globale Entwicklung zu verzeichnen. Auch hier wurde die Politik den Anforderungen einer finanzmarktgetriebenen Globalisierung untergeordnet. Alternativen zur verhängnisvollen europäischen Austeritätspolitik wurden zwar einzeln formuliert und fanden sogar Eingang in den Koalitionsvertrag der aktuell regierenden großen Koalition. Aber in der momentanen Regierungspolitik findet diese Programmatik so gut wie keinen Niederschlag.

Was tun?

Die SPD wird nur dann wieder eine positive politische Perspektive entwickeln und Mehrheiten bei Wahlen gewinnen können, wenn sie sich wieder als Gestaltungskraft im Sinne der Interessen der Mehrheit der Menschen etabliert. Eine Unterordnung sozialer und ökologischer Bedarfe unter die Anforderungen der globalen ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit kann nicht zum Ziel führen. Ziel von Gestaltung muss die umfassende Emanzipation der Menschen sein. Dies wird nur gelingen, wenn die Partei drei miteinander verzahnte Aufgaben angeht und sich damit erneuert:

Erstens muss die Partei eine inhaltliche Alternative zu der finanzmarktgetriebenen Entwicklungsvariante des Kapitalismus und eine Antwort auf die neuen Herausforderungen der

Auseinandersetzungen um die globale Ökonomie formulieren. Mit dem Entwurf einer neuen Sozialstaatskonzeption als Überwindung von Hartz IV und dem Vorschlag zur Einführung einer Grundrente hat die Parteiführung sehr gute inhaltliche Aufschläge geliefert. Aber es müssen auch Antworten auf die weiteren der oben aufgeworfenen Problemstellungen und Auseinandersetzungsfelder gefunden werden. Auf dem ökonomischen Feld geht es um die Stärkung binnenwirtschaftlicher Entwicklung in Europa in Verbindung mit der Erschließung neuer privilegierter Wirtschaftsbeziehungen mit den Staaten der östlichen Nachbarschaft inklusive Russlands sowie mit den afrikanischen Staaten. Dabei wird es darauf ankommen, die positiven Potentiale der Digitalisierung umfassend zu entfalten, wobei deren Gefahren etwa in Bezug auf Beschäftigtenrechte sowie Daten- und Verbraucherschutz konsequent eingedämmt werden müssen. Gleichzeitig müssen die Herausforderungen des Klima- und Naturschutzes mit höchster Priorität verfolgt werden, wobei es die zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie sein muss, den ökologischen Wandel nicht wegen zu erwartenden sozialen Folgen abzubremsen, sondern diesen Wandel mit sozialer Gestaltung zu verbinden.

Damit ist übrigens die Verteilungsfrage in neuer Dimension gestellt. Ohne die Bereitschaft, notfalls massiv in Konfrontation mit den Interessen insbesondere des Finanzkapitals zu treten, kann eine derartige Politik nicht funktionieren.

Zweitens war die SPD nur dann mehrheitsfähig, wenn sie ein Bündnis verschiedener gesellschaftlichen Gruppen entlang drängender Gestaltungsfragen (sozialer Gerechtigkeit, Friedenssicherung, Ökologie, technischer Fortschritt, Geschlechtergleichstellung) organisieren konnte. Ein Bündnis mit den Gewerkschaften und den von ihnen vertretenen Beschäftigtengruppen ist dabei sicherlich von herausgehobener Bedeutung, wird aber nicht ausreichen. Aufgabe der SPD wird es dabei sein, zu verhindern, dass verschiedene Interessen- und Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr geht es darum, die Verbindungslinien zwischen den verschiedenen

Auseinandersetzungsfeldern darzustellen und Lösungswege aufzuzeigen, die vielleicht nicht dem Finanzkapital genehm sind, aber in breiten Bevölkerungsschichten mehrheitsfähig sind.

Drittens schließlich geht es um eine neue Dimension des Internationalismus, der angesichts der Auseinandersetzungen um die globale Hegemonie vor allem in einer konsequenten Europäisierung seinen Ausdruck finden muss. Denn fast alle aufgeworfenen Fragen erfordern nicht nur inhaltliche Antworten auf der nationalen Ebene, sondern ganz im Sinne einer „Mehrebenen-Regulation“ abgestimmte Antworten auf der kommunalen/regionalen, nationalen und europäischen Ebene. Das auch in der SPD immer wieder beliebte Spiel der Ignoranz gegenüber der anderen als der eigenen Politikebene mag zwar persönlich für einige erhebend sein, ist aber angesichts der gesellschaftlichen Herausforderung schlichter Unsinn. Europäisierung meint dabei zweierlei. Die inhaltliche Positionsentwicklung darf nicht allein auf der Basis nationaler Interessen und politischer Kräfteverhältnisse erfolgen, sondern muss die Interessen in den anderen EU-Mitgliedstaaten berücksichtigen. Gleichzeitig gilt es, eine Abstimmung zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Kräften zu intensivieren, mit dem Ziel ein möglichst einheitliches Auftreten in Europa zu erreichen.

Diese Anforderungen müssen sich in dem Erneuerungsprozess der SPD niederschlagen. Es ist evident, dass eine so verstandene Erneuerung keine Aufgabe ist, die bis zum nächsten oder übernächsten Parteitag erfolgreich vollzogen werden kann. Gerade angesichts des Niedergangs der Sozialdemokratie in den letzten Jahren ist klar: Bis die SPD wieder gesellschaftlich mehrheitsfähig sein kann, werden Jahre vergehen. Es lohnt sich aber, sich auf den Weg zu machen. Denn ohne Sozialdemokratie ist das skizzierte drängende politische Modernisierungsprojekt nicht realisierbar. ■